

Die bayerische Wirtschaft

vbw

100-Tage-Programm zur Bundestagswahl

www.vbw-bayern.de

100-Tage-Programm

zur Bundestagswahl

Deutschland ist ein starkes, ein weltweit angesehenes und lebenswertes Land. In unserem Land steckt viel Substanz. Wir sind nach den USA und China die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Wir haben international erfolgreiche Unternehmen, einen weltweit einzigartigen Mittelstand und kreative Erfinder. Und wir haben Millionen gut ausgebildeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in unseren Betrieben mit ihrem Fleiß und ihrem Können täglich unseren Wohlstand neu erarbeiten.

Doch wir müssen uns auch eingestehen: Deutschland hat in den letzten Jahren viel von seiner Stärke eingebüßt. Einiges davon ist auf äußere Einflüsse zurückzuführen: Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg in der Ukraine, der zunehmende Protektionismus und zuletzt das immer mehr einbrechende China-Geschäft haben unserer Wirtschaft geschadet.

Für viele der Probleme, an denen unser Land gerade leidet, ist aber die Politik der gescheiterten Ampel-Regierung verantwortlich. Wir leben in Deutschland immer mehr von der Substanz. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hat deutlich abgenommen. Die Standortbedingungen haben sich massiv verschlechtert. Es wird zu wenig in Deutschland investiert. Eine De-Industrialisierung unseres Landes hat eingesetzt, deren Folgen für uns fatal wären. Denn die Industrie ist der wirtschaftliche Motor in Deutschland und zieht viele andere Wirtschaftszweige mit.

In dieser schwierigen Lage haben die Menschen ein Anrecht darauf, dass wir der Wahrheit ins Auge sehen und die hausgemachten Gründe für die aktuelle Krise klar benennen:

Wir sind als Wirtschaftsstandort zu teuer.

Wir sind zu kompliziert.

Wir sind zu wenig für die Zukunft gerüstet.

Wir sind zu alt.

Wir sind zu leistungsfeindlich.

Hinzu kommt: Viele Menschen haben das Vertrauen verloren, dass sie und ihre Familien einer guten Zukunft entgegengehen. Zugleich schwindet das Vertrauen in die Demokratie, Populisten von rechts und von links haben weiter Zulauf.

75 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik stehen wir deshalb in Deutschland jetzt am Scheideweg. Wir müssen uns entscheiden, welche Richtung wir in unserem Land einschlagen wollen.

Die Alternativen sind klar: Wir können weitermachen wie bisher, oder wir können den Mut zur Erneuerung aufbringen. Wenn wir weiter mutlos sind, wird sich der wirtschaftliche Abstieg Deutschlands mit seinen dramatischen Folgen für die Arbeitsplätze und den Wohlstand der Menschen fortsetzen. Wenn wir uns hingegen den Wandel zutrauen, können wir den Umschwung hin zu Wachstum und Beschäftigung schaffen und den Menschen wieder Perspektiven und Zuversicht geben.

In diesen herausfordernden Zeiten kann unser Motto deshalb nur lauten:

Wir müssen wieder mehr Wirtschaft wagen.

Mehr Wirtschaft wagen heißt, dass wir unseren Unternehmen wieder mehr Freiheit geben, anstatt sie fortwährend zu gängeln und zu bevormunden.

Mehr Wirtschaft wagen heißt, dass wir wieder mehr Respekt vor Leistung zeigen und die Menschen zur Arbeit motivieren, anstatt sie zu alimentieren und zu Transferleistungsempfängern zu degradieren.

Mehr Wirtschaft wagen heißt, dass wir den nachfolgenden Generationen die Chancen auf ein gutes Leben eröffnen, anstatt es ihnen durch Bequemlichkeit und Unbeweglichkeit zu verbauen.

Mehr Wirtschaft wagen heißt, dass wir mit all unserem Tun darauf hinarbeiten, das Wohlstandsversprechen der sozialen Marktwirtschaft wieder einzulösen.

Mehr Wirtschaft wagen ist deshalb kein Selbstzweck. Mehr Wirtschaft wagen ist ein Dienst für die Menschen in unserem Land. Denn nur wenn unsere Wirtschaft wieder blüht, kann auch unser Land wieder blühen.

01. Wir sind als Wirtschaftsstandort zu teuer.

Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

Gute und sichere Arbeitsplätze gibt es nur, wenn unsere Unternehmen wettbewerbsfähig sind. Alle Studien zum internationalen Vergleich der Standortattraktivität zeigen jedoch: Wir sind in Deutschland zu teuer. Die Belastungen haben inzwischen ein Ausmaß erreicht, das das Wirtschaften hierzulande immer unattraktiver macht. Die Konsequenz: Die Unternehmen investieren vor allem im Ausland – und nicht bei uns. In der neuen Legislaturperiode muss dieses Hauptproblem des Wirtschaftsstandorts Deutschlands sofort und mit höchster Priorität angegangen werden. Die neue Bundesregierung muss alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Kosten und die Belastungen der Unternehmen in Deutschland zu reduzieren.

01. 1. Die Unternehmenssteuerbelastung senken

Die steuerliche Belastung von Unternehmen – aber auch die von Bürgerinnen und Bürgern – ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Dies treibt Unternehmen ins Ausland und verhindert in vielen Fällen Investitionen in Deutschland. Zugleich führt die Steuerbelastungen dazu, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu wenig Netto vom Brutto bleibt, insbesondere von Gehaltssteigerungen bleibt oft nach Abzug der Steuern zu wenig übrig.

- Vor allem die Körperschaftssteuerbelastung ist mit ca. 30 Prozent im internationalen Vergleich nicht mehr tragbar. In den ersten 100 Tagen muss die neue Bundesregierung ein Gesetz vorlegen, das die Steuerlast auf einbehaltene Gewinne unabhängig von Größe und Rechtsform der Unternehmen auf vergleichsweise immer noch hohe 25 Prozent begrenzt.
- Die Kalte Progression im Steuertarif ist umfassend zu korrigieren. Automatische Steuererhöhungen darf es nicht mehr geben. Den Einkommensteuertarif muss in allen Tarifstufen schnellstmöglich auf Räder gestellt werden. Dies unterstützt auch das Ziel „mehr netto vom Brutto“ für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Um bei den steuerlichen Standortbedingungen zügig voranzukommen, muss die neue Bundesregierung zu allen schnell umsetzbaren und von der Wirtschaft unterstützten Empfehlungen der Expertenkommission Unternehmenssteuern innerhalb von 100 Tagen einen Gesetzesvorschlag vorlegen.

01. Wir sind als Wirtschaftsstandort zu teuer.
Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

01. 2. Energie wieder bezahlbar machen

Energie ist die Lebensader unserer Wirtschaft. Die hohen Energiepreise sind eine massive Kostenbelastung und damit ein deutlicher Wettbewerbsnachteil – insbesondere für die energieintensive heimische Industrie. Wenn die Politik hier nicht sofort aktiv wird, droht ein Exodus energieintensiver Industrien aus Deutschland – und damit ein massiver Verlust von Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätzen. Ganze Branchen sind akut gefährdet.

- Für Unternehmen mit hoher Energieintensität, die im internationalen Wettbewerb stehen, muss deshalb schnellstmöglich ein Brückenstrompreis eingeführt werden. Die neue Bundesregierung muss dazu umgehend in Gespräche mit der EU-Kommission eintreten und innerhalb der ersten 100 Tage ein belastbares Konzept vorlegen.
- Wir benötigen zudem Netzkostenzuschüsse zur Senkung der Strompreise.
- Die Stromsteuer muss umgehend und unbefristet für alle Unternehmen auf das EU-rechtliche Mindestniveau herabgesetzt werden.
- An den Zielen der Energiewende ist festzuhalten. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien und Netzen muss massiv beschleunigt werden. Die neue Bundesregierung muss in den ersten 100 Tagen einen konkreten Plan vorlegen, mit welchen Maßnahmen die durchschnittliche bisherige Dauer von Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozessen mindestens halbiert werden kann. Für den Umgang mit Photovoltaik-Spitzen muss umgehend eine Regelung geschaffen werden.
- Um die Stromversorgung abzusichern, müssen bis 2030 auch ausreichend steuerbare Backup-Kapazitäten mit Gaskraftwerken entstehen, die schrittweise auf grünen Wasserstoff umgestellt werden. Hierzu ist schnellstens ein Kraftwerkssicherheitsgesetz zu verabschieden, um mit der Ausschreibung der dringend benötigten Kapazitäten beginnen zu können. Auf eine bedarfsgerechte Versorgung insbesondere der Industriezentren im Süden ist dabei zu achten.
- Die neue Bundesregierung muss umgehend die Grundlagen für Speicherung, Nutzung und Transport von CO₂ schaffen.

01. **Wir sind als Wirtschaftsstandort zu teuer.**
Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

01. 3.
Lohnzusatzkosten
senken und die soziale
Sicherung reformieren

Eine wesentliche Standortschwäche sind die hohen Arbeitskosten. Unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gut ausgebildet. Es ist daher selbstverständlich, dass sie entsprechend ihrer hohen Leistungsfähigkeit gut bezahlt werden. Worunter die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allerdings ebenso leiden wie die Unternehmen, sind die – staatlich verursachten – hohen und immer weiter steigenden Lohnzusatzkosten. Damit wird den Beschäftigten immer mehr Netto vom Brutto genommen – und die Unternehmen werden in Zugzwang gebracht, Löhne stärker anzuheben, als es wirtschaftlich sinnvoll und verkraftbar ist. Das wiederum belastet die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen massiv.

Der Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung nähert sich inzwischen bedrohlich der Marke von 42 Prozent an. Wenn nichts dagegen unternommen wird, dann wird der Gesamtbeitragssatz bis auf 48,6 Prozent im Jahr 2035 ansteigen (IGES-Projektion, Stand Juni 2024). Ein rasches Gegensteuern ist nötig, um die Beitragssätze wieder auf in Summe unter die 40-Prozent-Marke zu begrenzen, ohne dabei die Beitragsbemessungsgrenzen zur Sozialversicherung anzuheben. Die neue Bundesregierung muss in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit ein schlüssiges Gesamtkonzept für eine grundlegende Reform der Sozialversicherungssysteme vorlegen, in das die folgenden Aspekte einfließen:

01. Wir sind als Wirtschaftsstandort zu teuer.
Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss
- 01.3. Lohnzusatzkosten senken und die soziale Sicherung reformieren

Altersvorsorge und Gesetzliche Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung ist in ihrer aktuellen Ausgestaltung nicht tragfähig. Einer wachsenden Zahl an Rentenempfänger stehen immer weniger Beitragszahler gegenüber. Während heute auf 100 Beitragszahler 54 Rentner kommen, sind es 2030 bereits 67 Rentner. Das umlagefinanzierte System der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Daraus folgt:

- Die Rente mit 67 muss gelebte Realität werden. Dafür müssen Frühverrentungsanreize abgebaut werden. Unter anderem muss die Rente mit 63 sofort abgeschafft werden. Zudem müssen versicherungsmathematisch korrekte Berechnungen von Abschlägen beim vorzeitigen Rentenbezug eingeführt werden
- Darüber hinaus brauchen wir auch eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 68 Jahre.
- Das Versprechen einer dauerhaften Stabilisierung des Rentenniveaus auf dem heutigen Stand ist unseriös, da die Finanzierbarkeit schlicht nicht gegeben ist. Das Gewicht des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenanpassungsformel muss stattdessen gestärkt und von 0,25 auf 0,33 erhöht werden. So wird ein gerechter Ausgleich zwischen den Generationen möglich.
- Wir brauchen eine kapitalgedeckte Ergänzung des umlagefinanzierten Systems der gesetzlichen Rentenversicherung. Der richtige Weg hierfür ist die Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge.
- Eine flächendeckende Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge kann nur funktionieren, wenn Arbeitgeber Betriebsrentenzusagen geben können, ohne befürchten zu müssen, über ihre Beiträge in der Ansparphase hinaus noch in der Auszahlungsphase für die Betriebsrenten nachhaften zu müssen. Aktuell sind solche sogenannten „reinen Beitragszusagen“ in Deutschland nur im Zuge des sogenannten Sozialpartnermodell möglich, das allerdings unpraktikabel ist und in der Praxis kaum Anwendung findet. Wir müssen dringend in der betrieblichen Altersvorsorge reine Beitragszusagen – so wie international üblich und weit verbreitet – jenseits des Sozialpartnermodells ermöglichen.
- Bei der geförderten privaten Altersvorsorge muss eine Generalüberholung der Riester-Förderung vorgenommen werden. Wesentlich sind für uns hier Anpassungen an der Fördersystematik und die Möglichkeit von modifizierten Garantien.

01. Wir sind als Wirtschaftsstandort zu teuer.
Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss
- 01.3. Lohnzusatzkosten senken und die soziale Sicherung reformieren

Gesetzliche Krankenversicherung und Pflegeversicherung

Die derzeitigen Beitragssatzsprünge in der Sozialversicherung sind hauptsächlich auf die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung zurückzuführen. Entsprechend akut ist der Handlungsbedarf.

- Um den Beitragssatzanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung zu stoppen, brauchen wir mehr Selbstbeteiligung der Versicherten. Es gilt, die Eigenverantwortung der Versicherten zu stärken.
- Der Bund muss künftig kostendeckende Beiträge für SGB-II-Leistungsempfänger*innen an die Gesetzliche Krankenversicherung zahlen.
- Bei der Krankenhausreform ist ein rascher Neustart nötig. Die beschlossenen Regelungen sind weder aus Perspektive der Länder noch aus Sicht der Krankenkassen und der privaten Krankenversicherung tragfähig. Für uns steht fest: Die Transformation der Krankenhauslandschaft darf keinesfalls – so wie in der gerade beschlossenen Krankenhausreform der Fall – durch Beitragsmitteln finanziert werden.
- Die soziale Pflegeversicherung darf nicht zu einer Vollkaskoversicherung werden. Vielmehr gilt es, eine kapitalgedeckte private Zusatzvorsorge verpflichtend einzuführen.

02. Wir sind zu kompliziert.

Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

Unternehmerische Freiheit ist die Voraussetzung für Wachstum und wirtschaftliche Dynamik, die den Menschen zugutekommt. Die deutsche Wirtschaft erstickt jedoch in Bürokratie und gesetzlichen Vorgaben. Inzwischen ist hier ein Ausmaß erreicht, das vollkommen inakzeptabel ist. Auch die immer weiter wachsende bürokratische Regulierung aus Brüssel ist für die Wirtschaft nicht mehr hinnehmbar.

- Die neue Bundesregierung muss als erste Maßnahme ein unverrückbares Stoppschild für jede zusätzliche belastende Regulierung der Unternehmen aufstellen. Das gilt insbesondere bei der Regulierung von Arbeit und Sozialem. Das Belastungsmoratorium muss für die gesamte Legislaturperiode gelten.
- Das bedeutet auch, dass es kein Tariftreuegesetz, kein Beschäftigtendatengesetz und auch keine weitere Regulierung von Mobiler Arbeit geben darf.
- Darüber hinaus müssen Deregulierung und Bürokratieabbau entschlossen vorangetrieben werden. Neben der Berücksichtigung noch nicht umgesetzter Vorschläge aus der Verbändeumfrage im Frühjahr 2023 muss die neue Bundesregierung Instrumente und Maßnahmen zur künftigen Bürokratievermeidung systematisch und verbindlich einführen. Dazu zählen beispielsweise Praxischecks vor und nach ausnahmslos allen Gesetzesvorhaben, ein Verfahren zur überprüfbareren Einhaltung eines belastungsorientierten „one in, two out“-Prinzips, der Abbau eines bestimmten Prozentsatzes aller Verwaltungsvorschriften, eine definierte Paragrafenbremse, ein zeitlich befristetes Statistik-Moratorium und schlankere Datenschutzregeln. All das muss in den ersten 100 Tagen angepackt werden.
- Um unnötige Doppelbelastungen für die Unternehmen zu vermeiden, muss bis zu einer Umsetzung der Vorgaben aus der EU-Wertschöpfungskettenrichtlinie in nationales Recht das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ausgesetzt werden. Ziel muss eine möglichst bürokratiearme Umsetzung der EU-Regeln in nationales Recht sein.
- Bei der Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive in nationales Recht müssen alle Spielräume zur bürokratiearmen Gestaltung ausgenutzt werden. Das bedeutet auch, den Kreis der Prüfungsberechtigten zu erweitern und neben dem Wirtschaftsprüfer auch sogenannte unabhängige Erbringer von Bestätigungsleistungen für die Prüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung zulassen.

02. Wir sind zu kompliziert

Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

- Die neue Bundesregierung muss darüber hinaus auf europäischer Ebene sofort für eine grundlegende Revision der Nachhaltigkeitsberichterstattung und Wertschöpfungskettenregulierung eintreten.
- Das neu eingeführte Verfahren bei der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) muss umgestellt werden. Bei der eAU muss das bestehende Pull-Verfahren durch ein Push-Verfahren ersetzt und so der Aufwand für Arbeitgeber deutlich reduziert werden.
- Zivilrechtlich und im Bauordnungsrecht muss umgehend der Weg für den Gebäudetyp E freigemacht werden, also für einfaches Bauen durch Beschränkung technischer Auflagen auf unerlässliche grundlegende Schutzvorschriften.
- Die EU ist eine Erfolgsgeschichte. Ohne Europa wären wir in Deutschland in vielerlei Hinsicht ärmer. Durch zu viele überzogene Regulierungsinitiativen gefährdet die EU allerdings ihre Akzeptanz. Das Maß ist hier mehr als voll. Belege dafür sind die praxisferne Taxonomie-Verordnung oder die Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, die den Unternehmen massive zusätzliche Belastungen auferlegen. Die neue Bundesregierung muss sich in Brüssel von Beginn an bürokratietreibenden Gesetzen massiv entgegenstellen und darauf hinwirken, dass etwa Maßnahmen im Rahmen des Green Deals besser aufeinander abgestimmt werden. Es darf nicht mehr – so wie bisher der Fall – zu Doppel- und Mehrfachregulierungen eines und desselben Sachverhalts kommen.

03. Wir sind zu wenig für die Zukunft gerüstet.

Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

Unser Land lebt von Innovationen und Investitionen, auch von Seiten des Staates. Wir können nicht als modernes Industrie- und Hightechland im globalen Wettbewerb bestehen, wenn wir kein modernes Infrastrukturland sind. In den vergangenen Jahren hat der Bund jedoch bei seinen Ausgaben die falschen Schwerpunkte gesetzt. Statt konsequent in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu investieren, wurde Steuergeld massiv in konsumtive Ausgaben gelenkt, insbesondere auch zur Finanzierung der unaufhörlich steigenden Ausgaben für den Sozialstaat. Durch diese falsche Prioritätensetzung riskieren wir unsere Zukunftsfähigkeit.

- Die neue Bundesregierung muss von Beginn an eine neue Schwerpunktsetzung vornehmen und die Zukunftsinvestitionen in Verkehrsinfrastruktur, digitale Infrastruktur, Forschungsausgaben, Förderprogramme zur Bewältigung der Transformation sowie den Bau von Wohnraum ausweiten. Zudem gilt: Eine gute Zukunft ist nur in Frieden und Freiheit möglich. Daher muss entschlossen in die Wiederherstellung unserer Verteidigungsfähigkeit investiert werden.
- Die Schuldenbremse muss eingehalten werden. Das ist möglich, wenn die neue Bundesregierung gleichzeitig konsumtive und ineffiziente Ausgaben reduziert und den Sozialstaat reformiert.
- Wenn es bei der Schuldenbremse – entgegen unserer Auffassung – dennoch zu einer Reform käme, müsste zwingend gelten: Jeder zusätzliche Euro, der dadurch zusätzlich zur Verfügung steht, darf ausschließlich für Zukunftsinvestitionen verwendet werden.
- Als Sofortmaßnahme zur Begrenzung der zuletzt massiv gestiegenen Personalausstattung und Personalkosten des Bundes muss im Bundeskanzleramt und in den Bundesministerien eine Stellenbremse eingeführt werden. Freiwerdende Stellen müssen, falls sie erforderlich bleiben, konsequent aus dem Personalbestand nachbesetzt werden. Ausgenommen werden der militärische Bereich im Bundesverteidigungsministerium sowie für einen schnellen Kurswechsel erforderliche Umbesetzungen bei politischen Beamten.

04. Wir sind zu leistungsfeindlich.

Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

Leistung muss sich lohnen. In Deutschland werden heute jedoch zu wenige Anreize gesetzt, zu arbeiten. Das verschärft den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel, überfordert den Steuerzahler und setzt zudem die Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme zusätzlich unter Druck. Neben den richtigen Anreizen benötigen wir zudem ein gesellschaftliches Mind-Set, in dem Leistung und Arbeit wieder stärker anerkannt und honoriert wird. Unser aller Wohlstand basiert auf der Leistung und dem Einsatzwillen jedes Einzelnen. Dieser Zusammenhang muss wieder stärker vermittelt und gelebt werden.

Die neue Bundesregierung muss daher alle Anstrengungen unternehmen, die existierenden heimischen Arbeitskräfte- und Fachkräftepotenziale zu aktivieren.

- Ein riesiger Nachteil für den Standort Deutschland ist das starre Arbeitszeitgesetz. Zudem steht es der Vereinbarkeit von Familie und Beruf massiv im Wege. Die neue Bundesregierung muss in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit ein Gesetz zur europarechtskonformen Gestaltung der täglichen Höchstarbeitszeit zugunsten einer wochenbezogenen Betrachtung unter Ausnutzung aller Flexibilitätsspielräume des EU-Rechtsrahmens verabschieden, unter anderem zur rechtssicheren Ausgestaltung von Vertrauensarbeitszeit. Das schafft die Möglichkeit – insbesondere für Frauen – ihre Arbeitszeiten zu erhöhen und so Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.
- Zudem gilt es, das Arbeitskräftepotenzial Älterer noch besser zu nutzen. Dafür müssen im ersten Schritt Frühverrentungsanreize abgebaut werden (siehe dazu auch Abschnitt zur Gesetzlichen Rentenversicherung). Das heißt, die Rente mit 63 muss sofort auslaufen und wir brauchen eine versicherungsmathematisch korrekte Berechnung von Abschlägen beim vorzeitigen Rentenbezug.

04. Wir sind zu leistungsfeindlich
Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

Das allein wird aber nicht ausreichen. Unsere Unternehmen werden ihren Arbeitskräfte- und Fachkräftebedarf nur mit Hilfe einer gesteuerten Zuwanderung aus dem Ausland decken können. Damit dies gelingt, muss vor allem die Einwanderungsbürokratie abgebaut werden.

- Die Möglichkeit einer Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften aus Drittstaaten in der Zeitarbeit ist derzeit mit wenigen Ausnahmen verboten. Dieses Beschäftigungsverbot muss vollumfänglich gestrichen werden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist die Rekrutierung im Ausland ohne Unterstützung nur schwer zu organisieren. Die Zeitarbeits- und Personalvermittlungsunternehmen sollten hier mit ihrer Expertise und Erfahrung in Vermittlung und Qualifizierung unterstützen können.
- Da der deutsche Arbeitsmarkt auch auf Arbeitskräfte ohne formale Qualifikation angewiesen ist, müssen Zuwanderungsoptionen wie die Westbalkanregelungen auf weitere Länder und Regionen ausgeweitet werden. Das kann auch zur Reduktion der illegalen Migration beitragen.
- Es gilt, die Bearbeitungs- und Wartezeiten für Termine von Bewerbern aus Drittstaaten in Auslandsvertretungen deutlich zu verringern.
- In den ersten 100 Tagen ist ein Konzept vorzulegen, in welchem Umfang formale Anerkennungsverfahren durch Kompetenzfeststellungen ersetzt werden können. Hier brauchen wir eine grundlegend neue Herangehensweise: Was zählt, ist nicht die Qualifikation auf dem Papier, sondern die Einschätzung des künftigen Arbeitgebers zu der Eignung der Person.

04. **Wir sind zu leistungsfeindlich**
Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

Gleichzeitig hat das hohe Ausmaß der ungesteuerten illegalen Migration in unser Land die Belastungsgrenze von Institutionen, Kommunen und der Gesellschaft überschritten. Die nötigen Integrationsaufgaben durch Verwaltung, Unterbringung und Begleitung können nicht mehr angemessen bewältigt werden. In der Bevölkerung sind die Widerstände gegen Zuwanderung im Allgemeinen stark angewachsen, was sich im zunehmenden Zuspruch für radikale und antidemokratische Parteien zeigt. Diese Sorgen müssen ernst genommen werden. Ein Weiter so kann es hier nicht geben.

- Die neue Bundesregierung muss alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um die illegale Migration nach Deutschland entschlossen einzudämmen. Die Einigung auf eine Reform des EU-Asylsystems war wichtig, die Regelungen greifen aber noch nicht. Daher müssen zusätzliche Maßnahmen an den deutschen Grenzen ergriffen werden. Die Grenzkontrollen müssen bestehen bleiben und Zurückweisungen ermöglicht werden. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass der Ablauf des Waren- und Personenverkehrs so wenig wie möglich beeinträchtigt wird.
- Die neue Bundesregierung muss auch Kooperationen mit Herkunfts- und Transitländern schließen, so dass bereits vor der Einreise in die EU eine Entscheidung über Asyl möglich wird. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten muss angepasst und erweitert werden. Die Situation in Syrien muss genau beobachtet und rückreisewillige Syrer unterstützt werden.

Diese Schritte sind auch aufgrund ihrer Signalwirkung unerlässlich. Auch aus humanitären Gründen ist deutlich zu machen, für wen die Chance auf Asyl besteht und gleichzeitig herauszustellen, dass unsere Aufnahmekapazitäten begrenzt sind. Teil einer konsistenten Migrationspolitik der neuen Bundesregierung muss auch die Bekämpfung von Fluchtursachen sein.

05. Wir sind zu alt

Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

Der demografische Wandel setzt unseren Unternehmen massiv zu und gefährdet den Wohlstand der Menschen. Mit dem sukzessiven Renteneintritt der Babyboomer-Generationen gehen dem Arbeitsmarkt viele Arbeitskräfte- und Fachkräfte verloren. Die 15. koordinierte Bevölkerungsberechnung geht davon aus, dass bis Mitte der 2030er-Jahre das Erwerbspersonenpotential in Deutschland ohne Zuwanderung um 7,9 Millionen schrumpfen würde. Fehlende Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel stellen eine enorme Gefahr für den langfristigen Wohlstand in unserem Land dar: Familienunternehmen geben auf, weil sie nicht genügend Personal finden, Konzerne investieren nicht mehr in Deutschland in neue Fabriken, weil sie keine Facharbeiter finden. Der Rückgang der Erwerbsbevölkerung setzt zudem die Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme massiv unter Druck.

Der Anreiz zu arbeiten muss durch folgende Maßnahmen erhöht werden:

- Wer arbeitet, muss mehr Geld bekommen als jemand, der nicht arbeitet. Das ist in unserem Transfersystem aus Leistungen wie Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag leider nicht immer und überall gegeben. Das erschwert insgesamt die Arbeitsmarktintegration. Eine Generalüberholung des Transfersystems ist zwingend nötig, damit sich die Aufnahme einer Beschäftigung lohnt. Die neue Bundesregierung muss daher in den ersten 100 Tagen ein Konzept für die grundlegende Neuausrichtung des Transfersystems aus Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag vorlegen.
- Das Bürgergeld muss in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Es hat die Anreize zu arbeiten stark vermindert. Wir brauchen die Rückkehr zum Prinzip „Fordern und Fördern“. Es gilt, die Menschen zu aktivieren und nicht zu alimentieren. Die Arbeitsmarktintegration muss deshalb wieder primäres Ziel werden, um rasch den Leistungsbezug zu beenden. Der Vermittlungsvorrang muss wieder eingeführt werden. Zudem ist zu prüfen, ob die Dauer von Sanktionen verlängert werden kann.
- Im EU-Vergleich ist in Deutschland die Beschäftigungsquote von aus der Ukraine Geflüchteten gering. Das Leistungsniveau im Bürgergeldbezug macht die Aufnahme einer Beschäftigung unattraktiv. Daher muss geprüft werden, ob die automatische Einbeziehung in das Bürgergeld für künftige Geflüchtete aus der Ukraine ausgesetzt werden soll.
- Die neue Bundesregierung muss in den ersten 100 Tagen dafür sorgen, dass beim Arbeitslosengeld I die maximale Bezugsdauer für alle Altersgruppen einheitlich auf höchstens zwölf Monate reduziert wird. Damit wird auch ein zusätzlicher Beschäftigungsanreiz für ältere Arbeitslose geschaffen.

05. **Wir sind zu alt**
Was die neue Bundesregierung dagegen tun muss

- Die Möglichkeit zur telefonischen Krankschreibung war zu Pandemiezeiten berechtigt. Eine Versteigerung der Regelung ist jedoch nicht angezeigt und birgt die Gefahr von Missbrauch. Daher muss die Arbeitsunfähigkeitsrichtlinie wieder angepasst werden. Krankschreibungen dürfen wieder nur anhand von einer persönlichen Anamnese möglich sein.
- Wir leben in einer Leistungsgesellschaft. Deshalb benötigen wir generell wieder ein leistungsfreundlicheres Klima und mehr Respekt für Leistung. Anstatt Illusionen auf einen anstrengungslosen Wohlstand zu nähren, müssen in der breiten Bevölkerung Werte wie Fleiß, Disziplin und individuelle Leistungsbereitschaft gestärkt werden. Auch der Vorrang der Eigenverantwortung vor staatlicher Fürsorge muss wieder in den Köpfen der Menschen verankert werden. Die neue Bundesregierung muss der Bevölkerung vermitteln, dass auch angesichts des Fachkräftemangels eine allgemeine Vier Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich zu schwerwiegenden Wohlstandsverlusten führen würde.

**All diese Maßnahmen zeigen: Deutschland kann es besser.
Die neue Bundesregierung ist aufgefordert, es auch besser zu machen.**

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

T 089-551 78-100

F 089-551 78-111

info@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de